



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 14.05.2007

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Ogertschnig

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Frau Stadtrat Dr.Compter
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Herr Stadtrat Prof. Dr.Nuding
Herr Stadtrat Pfender

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Weber

Verwaltung:

Herr Boscher, Ortsverwaltung Ringschnait
Herr Krause, Ortsverwaltung Mettenberg
Herr Fessler, Ordnungsamt
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt
Herr Reiser, Hochbauamt
Frau Voitun, Hochbauamt
Herr Fischer, Tiefbauamt
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Dobler, Baubetriebsamt
Frau Laib, Wieland-Gymnasium

entschuldigt:

Herr Stadtrat Gehring
Herr Stadtrat Zügel

Gäste:

Frau Egner, Büro Umweltwirtschaft
Herr Haupter, Büro Umweltwirtschaft
Frau Stadträtin Kübler

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Anstehende Maßnahmen im Bestand an beiden Gymnasien	85/2007
2.	Winterdienstbericht 2006/2007	75/2007
3.	Straßenreinigungsbericht 2006	76/2007
4.	Erhöhung Bahnsteige	77/2007
5.	Erneuerung der Probststraße, Bauabschnitt 1	78/2007
6.	Zusammenschluss der Hubertus-Liebrecht-Straße im Gewerbegebiet Aspach Süd nach Aspach Nord und Straßenteilendausbau der Aspachstraße im Gewerbegebiet Aspach Nord	79/2007
7.	Kreisverkehr Rollinstraße mit Belagsanierung Rollinstraße und Mühlweg	83/2007
8.	Änderung des Bebauungsplanes "Adolf-Pirrung-Straße/Magdalenastraße/EnBW-Areal" im vereinfachten Verfahren - Satzungsbeschluss -	74/2007
9.1.	Bekanntgaben: Einweihungsfeier der Brücke Hirschgraben	
9.2.	Bekanntgaben: Baumaßnahme Saulgauer Straße	
10.1.	Verschiedenes: Überarbeitung der Stadtbildsatzung	
10.2.	Verschiedenes: Ampelschaltung an der Ulmer Straße/Memminger Straße	
10.3.	Verschiedenes: Tiefgarage Stadthalle	
10.4.	Verschiedenes: Straßenbauarbeiten Wetterkreuzstraße	
10.5.	Verschiedenes: Wendeplatte an der Südwestseite der Stadthalle	
10.6.	Verschiedenes: Blumenschmuck Rathaus	
10.7.	Verschiedenes: Wielandcafé	
10.8.	Verschiedenes: Fahrradabstellplatz Braith-Schule	
10.9.	Verschiedenes: L 280 - Fahrradquerung	

Die Mitglieder wurden am 03.05.2007 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 08.05.2007 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 85/2007 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig schickt voraus, dass für die Gymnasien noch ca. 25 Maßnahmen anstehen. Mit den Kosten der heutigen Maßnahmen liege man etwas über dem Haushaltsplanansatz; der Werkhof für den Kunstunterricht sei in diesen Kosten zudem noch nicht enthalten.

StR Kolesch betont, die CDU-Fraktion habe die räumliche Zusammenlegung der Fachbereiche forciert und befürworte diese. Aus Gründen des Schallschutzes werde die Unterbringung des Musikbereichs im 3. OG des E-Baus jedoch kritisch gesehen. Auch erkundigt er sich, ob für die Elektroinstallationen tatsächlich die Beauftragung eines Ingenieurbüros nötig sei. Er betont die Notwendigkeit, den Altbau des WGs zu sanieren und damit den unzureichenden energetischen Standard des Gebäudes zu beseitigen. Um anhaltenden Baulärm zu vermeiden, sei eine möglichst kompakte Erledigung der anstehenden Maßnahmen anzustreben.

StRin Buttschardt hält eine energetische Verbesserung der Gebäude in naher Zukunft für dringend erforderlich. Sie lobt insbesondere die Einbeziehung des alten Verwaltungstraktes als Zeichensaal sowie die geplante Rampe zum Werkhof. Kritisch sehe sie die Lage des Musikbereichs, welche insbesondere hinsichtlich des Transports von Musikinstrumenten ungünstig sei.

BM Ogertschnig erklärt, für energetische Maßnahmen seien 2008 rund 62 Mio. € vorgesehen. Aufgrund der aufwändigen Planungsarbeiten sei an eine zeitigere Durchführung der Arbeiten jedoch nicht zu denken. Auch werde die Stadt mit den für die Zukunft erwarteten Mitteln zur CO₂-Reduzierung günstiger fahren. Zur Wahl des Musikbereichs im 3. OG führt er aus, dieser sei ursprünglich im Neubau Klassentrakt angedacht gewesen, wo jedoch der Unterricht in den benachbarten Räumen gestört werde. Man habe sich deshalb für die Unterbringung direkt unter dem Dach im E-Bau entschieden, welche lediglich Schallschutzmaßnahmen zu den darunter liegenden Räumen erfordere. Für die Instrumente stünden große Abstellräume zur Verfügung. Bezüglich der Planung der Elektroinstallationen fehle hausintern schlicht das nötige Fachwissen.

StR Compter lehnt die vorgesehene Maßnahme als wünschenswert, jedoch augenblicklich nicht notwendig ab. Er weist darauf hin, dass es doch auch einen bestehenden Zeichensaal geben müsse und spricht sich angesichts der Mehrkosten der Mensa dafür aus, diese Maßnahmen zu schieben und zusammen mit der Außensanierung durchzuführen. Er bemerkt, dass bei einer Kostenüberschreitung um 70% die einstige Kostenschätzung wertlos sei.

BM Ogertschnig betont, man habe die Kosten im Vorfeld nicht kalkuliert, sondern lediglich für den Haushaltsplanansatz grob geschätzt.

StRin Brunner befürwortet die Maßnahme und betont, dass ein nochmaliges Verschieben der Maßnahmen lediglich Kostensteigerungen nach sich ziehen würde. Die Lage des Musikraumes bittet sie jedoch zu überdenken – alternativ komme das UG des Pavillons in Betracht.

BM Ogertschnig erklärt, man habe sich nach Absprache mit der Schule für den jetzigen Standort entschieden, um eine klare Abtrennung des Musikbereichs von den Lernbereichen sicher zu stellen.

StR Braig befürwortet die Konzentration sowie die Sanierung der Bereiche und weist darauf hin, es liege keine Überschreitung in dem Sinne vor, da der Haushaltsansatz nicht gerechnet, sondern lediglich geschätzt worden sei. Bedauerlich sei, dass die energetisch notwendigen Maßnahmen nicht im selben Zug erledigt werden können.

Frau Laib weist die Aussage der „wachsenden Begehrlichkeiten“ von Seiten der Schule zurück und betont, man habe sich in harten Verhandlungen auf das notwendige Maß an Baumaßnahmen verständigt. Immer wieder seien angemeldete Maßnahmen verschoben worden, die nun Zug um Zug erledigt werden müssten, um zeitnah wieder einen ruhigen Unterrichtsbetrieb gewährleisten zu können. Die Konzentration der einzelnen Bereiche sei dabei für ein sinnvolles Arbeiten erforderlich. Sie weist auf das Engagement der Lehrer hin, die Nebenräume selbst zu streichen und erklärt auf die Anfrage von StRin Brunner, der Keller des Pavillons sei feucht und habe kleine Fenster, weshalb er sich nicht für den Musikbereich eigne. Aus Kostengründen für die notwendige Schalldämmung sei das 3. OG des E-Baus gegenüber dem Klassen-trakt zu bevorzugen.

StR Compter erklärt, die Fraktion werde sich angesichts des Engagement der Lehrer lediglich der Stimme enthalten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der dargestellten Maßnahme „Umbau Verwaltungspavillon“ wird zugestimmt.

- 2. Der dargestellten Maßnahme „Umbau Nordwestlicher Pavillon“ wird zugestimmt.**
- 3. Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 139.100 € auf der Haushaltsstelle 2.2310.940000.8-100 wird zugestimmt. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.**

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden gemeinsam beraten.

Dem Bauausschuss liegen die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügten Drucksachen Nrn. 75/2007 und 76/2007 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Merkle stellt den Winterdienstbericht 2006/2007 vor und verweist darauf, dass die Beauftragung eines Fremdunternehmers (Maschinenring) im letzten Winter lediglich dreimal notwendig wurde. Es werde versucht, hier ein gutes Maß zu finden, weshalb er um ein Feedback der Bauausschuss-Mitglieder bittet. Die Kostenübersicht sei um die Personalstunden ergänzt worden, bei welchen ein deutlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen sei. Die Kosten der Fremdvergaben seien dagegen nicht proportional zurückgegangen, da es sich hierbei größtenteils um Pauschalbeträge handle. Trotzdem werde diese Variante aus Gründen der Kostensicherheit bzw. Kalkulierbarkeit auch für die kommenden Jahre als sinnvoll erachtet.

Zum Bereich der Straßenreinigung weist Herr Merkle auf den im kommunalen Vergleich sehr hohen Reinigungsstandard Biberachs hin, welcher jedoch entsprechende Kosten bedeute. Bezüglich der Müllablagerungen an Wertstoffcontainern seien durch den Einsatz von Mülldetektiven bereits Teilerfolge erzielt worden, was sich herumsprechen werde. Die Akzeptanz der Behälter für Hundekot sei sehr gut. Auch die Abfallkörbe im Stadtgebiet würden gut angenommen. Er verweist auf den Einsatz von gelben und roten Karten für das Wegwerfen von Zigarettenkippen, gleichzeitig bestehe jedoch auch die Notwendigkeit, Möglichkeiten der Entsorgung (Ascher) anzubieten.

Die Mehrkosten im Bereich der Straßenreinigung seien größtenteils durch den Anstieg der Personalkosten bedingt, es seien mehr Stunden als im Vorjahr geleistet worden. Unter der Position FremdRE seien die Entsorgungskosten zu verstehen. Er weist auf die Witterungsabhängigkeit der Straßenreinigungskosten hin und betont, das Baubetriebsamt setze sich jährlich einen Schwerpunkt, wie beispielsweise die Einführung von Hundetoiletten etc.. Die Auslastung der Kehrmaschinen sei gegeben.

BM Ogertschnig dankt dem Baubetriebsamt für die geleistete Arbeit.

StR Kolesch spricht sich für die Beibehaltung des bestehenden, ansprechenden Standards der Straßenreinigung aus. Zum Winterdienst erinnert er daran, dass insbesondere die Verbesserung der Situation in den Wohnstraßen angestrebt worden sei. Aus der Bürgerschaft habe es diesbezüglich keine Klagen gegeben – auch sei der Bedarf angesichts des lauen Winters recht niedrig gewesen. Er spricht sich für die Beibehaltung des bisherigen Budgets für Fremdvergaben aus und regt an, die Vorlagen zur Papierersparnis lediglich zu Beginn einer Legislaturperiode so ausführlich wie bisher zu fassen und ansonsten nur auf die Änderungen einzugehen. Die Anschaffung des Kleingeräteträgers zur Wildkrautbeseitigung habe sich bewährt. Er erkundigt sich, ob es ein Konzept zur baulichen Umgestaltung von Kleingrünflächen gebe und ob diese überhaupt lohnend sei. Insgesamt sei man mit der Arbeit des Bauhofs sehr zufrieden und bedanke sich bei den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

StR Keil hält den gegenwärtigen Standard für sinnvoll und insbesondere im Winterdienst auch für notwendig. Dies gelte umso mehr, als der Klimawandel künftig eher für extremere Winter sorgen werde. Befürwortet werde auch das festgelegte Budget für Fremddienste. Zum beige-

fügten Urteil bezüglich dem „Vorbehalt des Zumutbaren“ betont er, dass ein Winterdienst, und sei er noch so gut organisiert, nicht auf alles vorbereitet sein könne. Zum Pilotversuch des Schieferstreustoffs erkundigt er sich, ob hierbei die mit Wasser entstehenden Verklumpungen sowie deren Auswirkungen auf das Kanalsystem bedacht worden seien. Er bittet zudem um eine regelmäßige Fugenreinigung am Viehmarkt. Auch interessiere ihn, wie oft die rote Karte für Müllsünder gezückt worden sei und wie viele Bußgelder verhängt wurden.

StR Rieger dankt dem Baubetriebsamt. Als erzieherische Maßnahme hält er es für sinnvoll, im Rahmen der Aktion „Sauberes Biberach“ darzustellen, wofür die Kosten der Müllbeseitigung alternativ verwendet werden könnten. Er gibt den Hinweis aus der Bürgerschaft weiter, dass die Verunreinigungen durch Taubenkot zugenommen hätten.

StRin Brunner interessieren die Auswirkungen des Schiefers auf die Kläranlage sowie dessen Transportkosten. Auch bittet Sie bei der Salzausbringung grundsätzlich den ökologischen Aspekt zu beachten. Den Wildkrautbewuchs auf Kleingrünflächen dürfe man nicht zu eng sehen. Allerdings sei ein sauberes Umfeld insbesondere in Aufenthaltsbereichen von Kindern und Jugendlichen wichtig.

StR Braig spricht sich für die Beibehaltung des gegenwärtigen Standards aus und betont nochmals den Stellenwert eines ausreichenden Winterdienstes auch in den Wohnstraßen. Die Beibehaltung der Pauschalverträge befürworte er. Ein latentes Problem seien die Tauben, welches er in nichtöffentlicher Sitzung zu erörtern bittet. Dem Baubetriebsamt dankt er für dessen Arbeit.

StRin Buttschardt hält 3 Termine für die Grüngutabfuhr pro Jahr angesichts der Grüngutablagungen für nicht ausreichend und führt als Beispiel den Gehweg am Panoramaweg an, an welchem ständig hässliche Grüngutabfälle der Schrebergärtner lägen.

StR Kolesch bittet die Verwaltung ein Augenmerk auf das unerwünschte, jedoch wieder vermehrte Füttern von Tauben am Marktplatz zu legen.

BM Ogertschnig **sagt zu**, über das Ordnungsamt einen entsprechenden Hinweis zu veröffentlichen. Die Anregungen zu den Vorlagen würden umgesetzt.

Herr Merkle erklärt weiter, die gepflasterten und in Splitt verlegten Verkehrsinseln würden verkrauten, was bei einer Ausführung in Beton nicht der Fall sei. Geklärt werden müsse, ob dieser Umstand bei dem Bau von neuen Verkehrsinseln berücksichtigt werden soll. An der Kreuzung Wetterkreuzstraße/Saulgauer Straße habe man in Absprache mit Herrn Kley eine Magerbepflanzung aufgebracht – ob dies zum gewünschten Erfolg führe, sei jedoch abzuwarten.

Herr Fischer führt zum Thema Schieferstreu aus, diese werde zum Großteil in den Senkeimern aufgefangen, welche man regelmäßig leere. Probleme für die Kläranlagen seien deshalb nicht zu befürchten.

Herr Brugger erklärt weiter, das Landratsamt biete derzeit 3 Möglichkeiten der Grüngutabfuhr an. Ab 2008 werde jedoch zweimal wöchentlich eine kostenfreie Abgabe möglich sein.

Herr Fessler erläutert, die gelben und roten Karten würden im Rahmen eines Ein-Euro-Jobs sowie vom Vollzugsdienst eingesetzt und schätzt die Zahl der Verwarnungen auf ca. 50.

Herr Merkle ergänzt, im vergangenen Jahren seien 15 – 20 Bußgelder verhängt worden, die zwischen 40 € und 200 € betragen könnten. Ein Drittel der Müllsünder komme aus dem Umland. Er erklärt weiter, öffentliche Spielplätze und Grünanlagen würden derzeit von einem Präsenzdienst überwacht. Ergebnisse hieraus seien noch abzuwarten. Eine regelmäßige Fugenreinigung am Viehmarkt sei zwar möglich, bedinge jedoch ein regelmäßiges Nachsandern. Zur Lösung des Grüngutproblems am Panoramaweg schlägt er vor, ein entsprechendes Hinweisschild aufzustellen, den Bereich zu bepflanzen oder für die Kleingärten dezentrale Stellen für Grüngut einzurichten.

StRin Buttschardt betont, dass in anderen Kleingärten das Grüngut bis zur Abholung im eigenen Garten gelagert werde und man andernfalls von anderen Kleingärtnern zurecht gewiesen werde.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden gemeinsam beraten.

Dem Bauausschuss liegen die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügten Drucksachen Nrn. 75/2007 und 76/2007 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Merkle stellt den Winterdienstbericht 2006/2007 vor und verweist darauf, dass die Beauftragung eines Fremdunternehmers (Maschinenring) im letzten Winter lediglich dreimal notwendig wurde. Es werde versucht, hier ein gutes Maß zu finden, weshalb er um ein Feedback der Bauausschuss-Mitglieder bittet. Die Kostenübersicht sei um die Personalstunden ergänzt worden, bei welchen ein deutlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen sei. Die Kosten der Fremdvergaben seien dagegen nicht proportional zurückgegangen, da es sich hierbei größtenteils um Pauschalbeträge handle. Trotzdem werde diese Variante aus Gründen der Kostensicherheit bzw. Kalkulierbarkeit auch für die kommenden Jahre als sinnvoll erachtet.

Zum Bereich der Straßenreinigung weist Herr Merkle auf den im kommunalen Vergleich sehr hohen Reinigungsstandard Biberachs hin, welcher jedoch entsprechende Kosten bedeute. Bezüglich der Müllablagerungen an Wertstoffcontainern seien durch den Einsatz von Mülldetektiven bereits Teilerfolge erzielt worden, was sich herumsprechen werde. Die Akzeptanz der Behälter für Hundekot sei sehr gut. Auch die Abfallkörbe im Stadtgebiet würden gut angenommen. Er verweist auf den Einsatz von gelben und roten Karten für das Wegwerfen von Zigarettenkippen, gleichzeitig bestehe jedoch auch die Notwendigkeit, Möglichkeiten der Entsorgung (Ascher) anzubieten.

Die Mehrkosten im Bereich der Straßenreinigung seien größtenteils durch den Anstieg der Personalkosten bedingt, es seien mehr Stunden als im Vorjahr geleistet worden. Unter der Position FremdRE seien die Entsorgungskosten zu verstehen. Er weist auf die Witterungsabhängigkeit der Straßenreinigungskosten hin und betont, das Baubetriebsamt setze sich jährlich einen Schwerpunkt, wie beispielsweise die Einführung von Hundetoiletten etc.. Die Auslastung der Kehrmaschinen sei gegeben.

BM Ogertschnig dankt dem Baubetriebsamt für die geleistete Arbeit.

StR Kolesch spricht sich für die Beibehaltung des bestehenden, ansprechenden Standards der Straßenreinigung aus. Zum Winterdienst erinnert er daran, dass insbesondere die Verbesserung der Situation in den Wohnstraßen angestrebt worden sei. Aus der Bürgerschaft habe es diesbezüglich keine Klagen gegeben – auch sei der Bedarf angesichts des lauen Winters recht niedrig gewesen. Er spricht sich für die Beibehaltung des bisherigen Budgets für Fremdvergaben aus und regt an, die Vorlagen zur Papierersparnis lediglich zu Beginn einer Legislaturperiode so ausführlich wie bisher zu fassen und ansonsten nur auf die Änderungen einzugehen. Die Anschaffung des Kleingeräteträgers zur Wildkrautbeseitigung habe sich bewährt. Er erkundigt sich, ob es ein Konzept zur baulichen Umgestaltung von Kleingrünflächen gebe und ob diese überhaupt lohnend sei. Insgesamt sei man mit der Arbeit des Bauhofs sehr zufrieden und bedanke sich bei den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

StR Keil hält den gegenwärtigen Standard für sinnvoll und insbesondere im Winterdienst auch für notwendig. Dies gelte umso mehr, als der Klimawandel künftig eher für extremere Winter

sorgen werde. Befürwortet werde auch das festgelegte Budget für Fremddienste. Zum beigefügten Urteil bezüglich dem „Vorbehalt des Zumutbaren“ betont er, dass ein Winterdienst, und sei er noch so gut organisiert, nicht auf alles vorbereitet sein könne. Zum Pilotversuch des Schieferstreustoffs erkundigt er sich, ob hierbei die mit Wasser entstehenden Verklumpungen sowie deren Auswirkungen auf das Kanalsystem bedacht worden seien. Er bittet zudem um eine regelmäßige Fugenreinigung am Viehmarkt. Auch interessiere ihn, wie oft die rote Karte für Müllsünder gezückt worden sei und wie viele Bußgelder verhängt wurden.

StR Rieger dankt dem Baubetriebsamt. Als erzieherische Maßnahme hält er es für sinnvoll, im Rahmen der Aktion „Sauberes Biberach“ darzustellen, wofür die Kosten der Müllbeseitigung alternativ verwendet werden könnten. Er gibt den Hinweis aus der Bürgerschaft weiter, dass die Verunreinigungen durch Taubenkot zugenommen hätten.

StRin Brunner interessieren die Auswirkungen des Schiefers auf die Kläranlage sowie dessen Transportkosten. Auch bittet Sie bei der Salzausbringung grundsätzlich den ökologischen Aspekt zu beachten. Den Wildkrautbewuchs auf Kleingrünflächen dürfe man nicht zu eng sehen. Allerdings sei ein sauberes Umfeld insbesondere in Aufenthaltsbereichen von Kindern und Jugendlichen wichtig.

StR Braig spricht sich für die Beibehaltung des gegenwärtigen Standards aus und betont nochmals den Stellenwert eines ausreichenden Winterdienstes auch in den Wohnstraßen. Die Beibehaltung der Pauschalverträge befürworte er. Ein latentes Problem seien die Tauben, welches er in nichtöffentlicher Sitzung zu erörtern bittet. Dem Baubetriebsamt dankt er für dessen Arbeit.

StRin Buttschardt hält 3 Termine für die Grüngutabfuhr pro Jahr angesichts der Grüngutablagerungen für nicht ausreichend und führt als Beispiel den Gehweg am Panoramaweg an, an welchem ständig hässliche Grüngutabfälle der Schrebergärtner lägen.

StR Kolesch bittet die Verwaltung ein Augenmerk auf das unerwünschte, jedoch wieder vermehrte Füttern von Tauben am Marktplatz zu legen.

BM Ogertschnig **sagt zu**, über das Ordnungsamt einen entsprechenden Hinweis zu veröffentlichen. Die Anregungen zu den Vorlagen würden umgesetzt.

Herr Merkle erklärt weiter, die gepflasterten und in Splitt verlegten Verkehrsinseln würden verkrauten, was bei einer Ausführung in Beton nicht der Fall sei. Geklärt werden müsse, ob dieser Umstand bei dem Bau von neuen Verkehrsinseln berücksichtigt werden soll. An der Kreuzung Wetterkreuzstraße/Saulgauer Straße habe man in Absprache mit Herrn Kley eine Magerbepflanzung aufgebracht – ob dies zum gewünschten Erfolg führe, sei jedoch abzuwarten.

Herr Fischer führt zum Thema Schieferstreu aus, diese werde zum Großteil in den Senkeimern aufgefangen, welche man regelmäßig leere. Probleme für die Kläranlagen seien deshalb nicht zu befürchten.

Herr Brugger erklärt weiter, das Landratsamt biete derzeit 3 Möglichkeiten der Grüngutabfuhr an. Ab 2008 werde jedoch zweimal wöchentlich eine kostenfreie Abgabe möglich sein.

Herr Fessler erläutert, die gelben und roten Karten würden im Rahmen eines Ein-Euro-Jobs sowie vom Vollzugsdienst eingesetzt und schätzt die Zahl der Verwarnungen auf ca. 50.

Herr Merkle ergänzt, im vergangenen Jahren seien 15 – 20 Bußgelder verhängt worden, die zwischen 40 € und 200 € betragen könnten. Ein Drittel der Müllsünder komme aus dem Umland. Er erklärt weiter, öffentliche Spielplätze und Grünanlagen würden derzeit von einem Präsenzdienst überwacht. Ergebnisse hieraus seien noch abzuwarten. Eine regelmäßige Fugenreinigung am Viehmarkt sei zwar möglich, bedinge jedoch ein regelmäßiges Nachsanden. Zur Lösung des Grüngutproblems am Panoramaweg schlägt er vor, ein entsprechendes Hinweisschild aufzustellen, den Bereich zu bepflanzen oder für die Kleingärten dezentrale Stellen für Grüngut einzurichten.

StRin Buttschardt betont, dass in anderen Kleingärten das Grüngut bis zur Abholung im eigenen Garten gelagert werde und man andernfalls von anderen Kleingärtnern zurecht gewiesen werde.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 77/2007 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig weist darauf hin, die Durchführung der Maßnahme sei zwar Aufgabe der Bahn, die Mitüberwachung der Baustellenabwicklung durch das VH Planungsbüro liege jedoch auch im Interesse der Verwaltung und der Bürger.

StR Weber befürwortet die Vorlage, bittet die Verwaltung jedoch nochmals, sich für die Anschaffung von Anzeigetafeln einzusetzen.

BM Ogertschnig erklärt, mit diesem Thema sei man bereits befasst und werde das Gremium zu gegebener Zeit informieren.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Die VH Planungsbüro GmbH, Backnang, wird mit den Bauüberwachungsleistungen beauftragt.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 78/2007 zur Beschlussfassung vor.

StRin Brunner erkundigt sich, weshalb die Maßnahme in zwei Bauabschnitte unterteilt sei und stellt die geplante Granitpflasterzeile angesichts des Themas Verkrautung in Frage.

BM Ogertschnig erklärt, für die Durchführung der Maßnahme in einem Bauabschnitt seien die verbleibenden Haushaltsmittel nicht ausreichend. Der Einsatz von Granitpflasterzeilen sei vom Bauausschuss als grundsätzlicher Standard beschlossen worden, da dieses langlebiger und kostengünstiger als die Ausführung in Beton sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Baumaßnahme für die Erneuerung der Probststraße, Bauabschnitt 1 wird zugestimmt.**
- 2. Die Tiefbauarbeiten werden an die günstigste Bieterin, die Firma Kutter GmbH & Co. KG, Memmingen auf der Grundlage ihres Angebotes vom 17. April 2007 in Höhe von 258.794,66 € vergeben.**

**TOP 6 Zusammenschluss der Hubertus-Liebrecht-Straße
im Gewerbegebiet Aspach Süd nach Aspach Nord
und Straßenteilendausbau der Aspachstraße im
Gewerbegebiet Aspach Nord**

79/2007

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 79/2007 zur Beschlussfassung vor.

StR Nuding befürwortet die Maßnahme, erkundigt sich jedoch, weshalb für die Nebenflächen lediglich ein Teilausbau vorgesehen ist. Wichtig sei ihm insbesondere die Beleuchtung der Geh- und Radwege. Er plädiert dafür, das bestehende Versickerungsbecken zu erhalten und erkundigt sich, ob die Maßnahmen bezuschusst werden. Zur Vorlage stellt er fest, begrifflich handle es sich um einen „Straßenabschnittsendausbau“.

BM Ogertschnig erklärt, die Maßnahme sei erschließungsbeitragsfähig.

Herr Fischer fährt fort, die Straßenbeleuchtung inkl. der Geh- und Radwege sei vorgesehen. Zum provisorischen Versickerungsbecken führt er aus, dessen Herstellung sei Auflage des Landratsamtes gewesen. Aus Gründen der Unterhaltungskosten solle das Becken nun wieder aufgehoben werden. Er betont weiter, der Teilausbau der bestehenden Verbindungslücke sei derzeit ausreichend und werde sowohl eine Entlastung der Ulmer Straße als auch Vorteile für den Fußgängerverkehr bedeuten.

BM Ogertschnig merkt an, es gebe Interessenten, die die Verbindung als Voraussetzung für den Kauf eines Grundstücks im Gewerbegebiet formulieren.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kuhlmann, im Bebauungsplan sei eine Bushaltestelle an der Fachhochschule definiert – mit dem jetzigen Ausbau die Durchfahrt für den Bus auch tatsächlich möglich.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Bau des Zusammenschlusses der Hubertus-Liebrecht-Straße im Gewerbegebiet Aspach Süd nach Aspach Nord und dem Straßenteilendausbau der Aspachstraße im Gewerbegebiet Aspach Nord wird nach Maßgabe der vorliegenden Pläne zugestimmt.**
- 2. Die Erd- und Straßenbauarbeiten werden an den günstigsten Bieter, der Firma Kirchhoff GmbH & Co. KG, Langenargen, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 19. April 2007, in Höhe von 761.772,69 € vergeben.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 83/2007 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch erklärt, die Fraktion befürworte den Bau des Kreisverkehrs, bitte angesichts der Mehrkosten in Höhe von 25% jedoch um eine Begründung. Konjunkturell bedingt könnten die Mehrkosten angesichts der Maßnahme Hubertus-Liebrecht-Straße zumindest nicht sein. Er verweist auf den ehrgeizigen Zeitplan und die Notwendigkeit, diesen einzuhalten.

Auch StR Keil bittet das Maß der Überschreitung zu begründen und erkundigt sich nach dem Kostenpunkt „Markierung, Lichtsignalanlagen“.

Herr Fischer erklärt, hierbei handle es sich um die Kosten für die Lichtsignalanlage am Erlenweg, welche derzeit mit der bestehenden Kreuzung Rollinstraße/Hans-Liebherr-Straße/Mühlweg zusammen geschaltet sei. Die Mehrkosten begründet er mit den verschiedenen Submissionszeitpunkten der beiden genannten Maßnahmen. Zwischen den Ausschreibungen hätten die Preise angezogen – insbesondere für Kreisverkehrsanlagen, die viel Handarbeiten erfordern würden. Grundsätzlich führe die Konjunktur im Straßenbereich zu höheren Kosten, weshalb sich das Tiefbauamt um eine zeitige Ausschreibung der erforderlichen Maßnahmen bemühe.

StR Kolesch regt hierauf an, über eine organisatorische Änderung nachzudenken – d. h. Maßnahmen jeweils über den Winter auszuschreiben, um günstigere Preise erzielen zu können.

Herr Fischer weist darauf hin, dass im gegebenen Fall die Beschlussfassung erst im Februar und die Ausschreibung unmittelbar im Anschluss erfolgt sei. Die Planung des Kreisels habe man sogar fremd vergeben, um Zeit einzusparen.

BM Ogertschnig erklärt, eine grundsätzliche Umorganisation der Ausschreibungen sei schwierig, man werde dieses Thema jedoch nochmals mit dem Tiefbauamt erörtern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Baumaßnahme für die Herstellung der Kreisverkehrsanlage an der Rollinstraße/Hans-Liebherr-Straße/Mühlweg mit Belagssanierungen in der Rollinstraße und Mühlweg wird zugestimmt.**
- 2. Bei HST. 2.6300.951314.1/300 (Erneuerung Probststraße) werden 100.000 € zur Bewirtschaftung gesperrt.**
- 3. Bei HST 2.6300.951306.0/300 werden 100.000 € überplanmäßig bereitgestellt.**
- 4. Die Straßenbauarbeiten für den Kreisverkehr mit Belagssanierung an der Rollinstraße und Mühlweg werden an den günstigsten Bieter, der Firma Grüner + Mühlschlegel, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 24.04.2007 in Höhe von 538.477,08 € vergeben.**

**TOP 8 Änderung des Bebauungsplanes "Adolf-Pirrung-Straße/Magda-
lenenstraße/EnBW-Areal" im vereinfachten Verfahren
- Satzungsbeschluss -**

74/2007

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 74/2007 zur Vorberatung vor.

Ohne Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat bei einer Enthaltung, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.

TOP 9.1 Bekanntgaben: Einweihungsfeier der Brücke Hirschgraben

BM Ogertschnig weist auf die Einweihungsfeier der Hirschgrabenbrücke am 24.05.2007 um 17:00 Uhr hin.

TOP 9.2 Bekanntgaben: Baumaßnahme Saulgauer Straße

BM Ogertschnig teilt mit, die Ausschreibung der Maßnahme sei von Verwaltungsseite fertiggestellt. Der städtische Anteil betrage 300.000 €, der Anteil des Landes 600.000 €. Nun habe das Land die Stadt zur Vorfinanzierung der Gesamtmaßnahme aufgefordert, was von städtischer Seite abgelehnt worden sei. Ein Kompromiss sei die Vorfinanzierung von 400.000 € des Anteils vom Land durch die Stadt, wobei das Regierungspräsidium die Auszahlung der Mittel im kommenden Jahr jedoch nicht verbindlich zusichern könne. Bei laufenden Maßnahmen mit bestehenden Vorfinanzierungen könne jedoch in 99% aller Fälle hiervon ausgegangen werden.

TOP 10.1 Verschiedenes: Überarbeitung der Stadtbildsatzung

StR Kolesch verweist auf die diesbezüglichen Anträge der CDU-Fraktion und UB-Fraktion und bittet um eine zeitnahe Bearbeitung.

BM Ogertschnig und Herr Brugger erklären, hierbei handle es sich um ein schwieriges Thema und stellen eine Vorlage deshalb erst für Herbst 2007 in Aussicht.

TOP 10.2 Verschiedenes: Ampelschaltung an der Ulmer Straße/Memminger Straße

StR Pfender verweist auf den Zeitungsartikel, wonach der Bauausschuss eine „Grüne Welle“ beschlossen habe und damit für die unzureichende Situation der Fußgänger an der Ulmer Straße/Memminger Straße verantwortlich sei. Diese Aussage sei verfehlt, der Bauausschuss habe sich für eine Optimierung zugunsten aller Verkehrsteilnehmer ausgesprochen.

Trotzdem sei sowohl an der Kreuzung Ulmer Straße beim Evangelischen Friedhof als auch an der Kreuzung Memminger Straße/Theodor-Heuss-Straße die Situation nach wie vor absolut unzureichend.

BM Ogertschnig weist darauf hin, die Verbesserung für den PKW-Verkehr führe gleichzeitig zu Schwierigkeiten für die Fußgänger.

Herr Fischer betont den Zielkonflikt zwischen einer „Grünen Welle“ und dem Fußgängerverkehr und sagt dem Bauausschuss eine Vorlage für die nächste Sitzung zu, bei der auch der Planer für Fragen des Gremiums zur Verfügung stehen werde.

StR Keil sieht den insgesamt zunehmenden Verkehr als Hauptgrund für die derzeitigen Probleme.

TOP 10.3 Verschiedenes: Tiefgarage Stadthalle

StR Pfender erkundigt sich im Auftrag eines Anwohners, ob mit den Bauarbeiten bereits begonnen wurde.

BM Ogertschnig erklärt, nach Aussage des Ingenieurs liege man im Zeitplan – ab kommender Woche sei mit Baulärm zu rechnen.

TOP 10.4 Verschiedenes: Straßenbauarbeiten Wetterkreuzstraße

StR Brenner weist darauf hin, dass an den Straßenzufahrten zur Wetterkreuzstraße Durchfahrtsverbotsschilder angebracht wurden und selbst eine Woche später lediglich an einer Zufahrt der Hinweis „Anlieger frei“ ergänzt worden sei. Dies führe bei den Angrenzern zu Irritationen.

Herr Fessler stellt klar, das Hinweisschild sei für sämtliche Zufahrten angeordnet, er werde sich hierum kümmern.

TOP 10.5 Verschiedenes: Wendeplatte an der Südwestseite der Stadthalle

StR Braig erkundigt sich, ob die Verkehrssituation an dieser Stelle mittlerweile verbessert werden konnte und erinnert daran, dass im Notfall auch der Rettungsdienst behindert wird.

BM Ogertschnig erklärt, die Zufahrbarkeit habe man durch eine Mauerkürzung erleichtert. Das Problem sei jedoch, dass die Trucks der Darsteller immer größer werden, weshalb eine nachhaltige Verbesserung lediglich im Rahmen einer Sanierung mit Grunderwerb möglich sei.

TOP 10.6 Verschiedenes: Blumenschmuck Rathaus

StR Keil bittet den diesjährigen Blumenschmuck an den städtischen Gebäuden zeitnah anzubringen.

TOP 10.7 Verschiedenes: Wielandcafé

StR Keil lobt das Wielandcafé und bittet darum, einen Hinweis auf die gegenüber liegenden Toiletten im Parkhaus anzubringen. Zu vermeiden sei dagegen die Aufstellung einer Dixie-Toilette. Er sei zudem bezüglich der Aufstellung von Schirmen angesprochen worden, was er jedoch nicht befürworte. Die bestehenden Bäume würden ausreichend Schatten spenden.

BM Ogertschnig hält es für sinnvoller, die Toilette im Landratsamt mit zu nutzen. Frau Voss werde sich diesbezüglich mit dem Landratsamt in Verbindung setzen.

TOP 10.8 Verschiedenes: Fahrradabstellplatz Braith-Schule

StR Rieger erklärt, an der Braith-Schule würden bislang Fahrräder unter der in den Hof führenden Brücke abgestellt. Nun sei es teilweise zu Sachbeschädigungen durch von der Brücke tropfende Flüssigkeiten gekommen. Er spricht sich deshalb für die Einrichtung eines überdachten Fahrradabstellplatzes aus.

TOP 10.9 Verschiedenes: L 280 - Fahrradquerung

StR Weber weist darauf hin, der Parallelweg der L 280 in Richtung Bergerhauser Straße sei stark frequentiert, wobei Radfahrer jedoch gezwungen seien, ein Stück auf der Landstraße zu fahren. Er spricht sich deshalb für die Schaffung einer Querungsmöglichkeit für Radfahrer in diesem Bereich aus.

BM Ogertschnig erklärt, man werde sich die Situation vor Ort ansehen.

Bauausschuss, 14.05.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

- Vorsitzender: BM Ogertschnig
- Stadträtin: Buttschardt
- Stadtrat: Hagel
- Schriftführerin: Ege
- Gesehen: OB Fettback
- Gesehen: EBM Wersch